



Presseinformation

Frei zur Veröffentlichung: sofort

Datum: 22.02.2011

Fluglärm-Debatte in Rödermark: FWG verdreht Tatsachen

(Rödermark) Auf Antragsinitiative der Kooperation beschloss die Stadtverordnetenversammlung einige wichtige Schritte, die die Verhandlungsposition der Stadt Rödermark im Kampf gegen den Fluglärm und Tiefflüge deutlich verbessern sollen. Zugestimmt haben dem interfraktionellen Antrag auch AL/Grüne und FDP. In einer Presseerklärung äußerte die FWG nachträglich Kritik an diesem Beschluss.

Zum Ende von M. Rädleins „Zwischenruf aus dem mosernden Abseits“, wie SPD-Fraktionschef Armin Lauer den Vorgang nennt, muss zwar auch die FWG anerkennen, dass der mit überwältigender Mehrheit verabschiedete Antrag „in die richtige Richtung ... weist“ so die FWG im O-Ton. Aber ansonsten sei die Ein-Mann-Fraktion unzufrieden damit, dass der Magistrat aufgefordert worden ist, beim Regierungspräsidium Darmstadt als zuständiger Behörde darauf zu drängen, dass die Stadt Rödermark unverzüglich als ständiges Mitglied der Fluglärmkommission berufen wird. Des Weiteren soll das Regierungspräsidium an die Deutsche Flugsicherung (DFS) heran treten und alternative Anflugrouten für Rödermark betreffend des Flugplatzes Egelsbach prüfen lassen. Ergänzend hierzu sollen diesbezüglich Gespräche mit dem zuständigen Regierungspräsidium Darmstadt und der Rödermarker Arbeitsgruppe Fluglärm geführt werden.

„Wir empfinden das jetzige Vorgehen der FWG als äußerst befremdlich“, so CDU-Fraktionschef Michael Gensert. Das Ziel aller, die diesen Beschluss eingebracht und aller, die ihn verabschiedet haben, ist offenkundig weniger Fluglärm für Rödermark und höhere Sicherheit für Rödermarks Bürger. Statt sich darüber zu freuen, „mäkelt die FWG nun wenig nachvollziehbar und ohne substantielle Kritikpunkte zu benennen, an Nebensächlichkeiten herum“, so Gensert weiter.

„Unsere bisherige Stärke im Kampf gegen Fluglärm und Tiefflüge war die Geschlossenheit im Auftreten gegenüber Behörden, insbesondere der Flugsicherung“, so SPD-Fraktionschef Lauer. Diesen Weg sind alle Fraktionen mit dem interfraktionellen Antrag gegangen, außer der FWG, die dem nicht zustimmte.

Die etablierten Parteien hätten noch vor der endgültigen Beschlussfassung erkannt, dass ihr interfraktioneller Antrag optimiert werden muss. Dem habe man Rechnung getragen. Daraus nun seitens der FWG einen Mangel zu konstruieren, sei „einfach nur lächerlich“, so Lauer weiter.

Scharf wies SPD-Fraktionschef Lauer den Vorwurf zurück, dass sachkundige Bürger nicht beteiligt wurden. Es habe zahlreiche gemeinsame Gespräche, Treffen und Abstimmungen im Vorfeld gegeben. Die sachkundigen Bürger der Bürgerinitiative RBgT (Rödermärker Bürger gegen Tiefflüge) kamen entgegen den sonst üblichen Regeln sogar im Fachausschuss zu Wort und hatten dort die Möglichkeit, ihre Meinung und Position zu äußern. Daraus zu folgern, dass die Politik eine große Chance vertan habe, sei unverständlich.

Lauer und Gensert dankten in diesem Zusammenhang der Bürgerinitiative RBgT für ihr engagiertes Auftreten und ihre unermüdliche Unterstützung in dieser Frage. „Das hat in dieser sehr komplexen Materie enorm geholfen“, so die Fraktionschefs unisono.

Statt mit den anderen Fraktionen, „allesamt Fluglärmgegner – was denn sonst“, so Gensert, an einem Strang zu ziehen, versuche die FWG Gräben aufzureißen, „und das nur, um ihr angebliches Geburtsrecht am Thema Fluglärm erneut zu behaupten. Als würde das irgendwem nutzen!“. Damit werde die bisherige Stärke Rödermarks, nämlich mit einer Stimme zu sprechen und einheitlich gegenüber Behörden aufzutreten, nachhaltig gestört.

Die Vertreter der Kooperation wünschten sich jedenfalls, dass auch die FWG konstruktiv an der politischen Arbeit für Sicherheit und gegen Fluglärm in Zukunft teilnehmen mögen.

Bei Rückfragen oder für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an die Fraktionsvorsitzenden der SPD und CDU:

Armin Lauer
Mobil: 0173 – 3016161
lauer@spd-roedermark.de

Michael Gensert
0176 – 10147700
m.gensert@t-online.de